

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

März 1986

Zum §116: Die Ausbeuter ziehen die Ketten enger. Kämpfen wir dagegen!

Die Arbeiterklasse hat nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Gefängnis und Zwangsgeld bei Aufruf zu Aktionen und Streiks gegen den § 116:

Ein Münchner Arbeitsgericht droht dem Betriebsrat der Siemens AG in München Standort Hofmannstraße 500 000 DM Zwangsgeld, ersatzweise 6 Monate Haft, an, falls er, wie angekündigt, eine Betriebsversammlung zum § 116 durchführt. Auch dem Münchner Siemensbetrieb in der Balanstraße ist durch eine einstweilige Verfügung eine Betriebsversammlung zum § 116 untersagt worden. (TAZ, 7.2. 86)

Arbeitsgerichte in Bocholt und Arnsberg haben Aufrufe zur Arbeitsniederlegung gegen den § 116 untersagt, "weil es sich dabei um Aufrufe zu verbotenen politischen Streiks handele". Falls die Gewerkschaft den Streikaufruf nicht widerriefe, wurde ein "Zwangsgeld bis zu

100 000 DM oder eine Ordnungshaft bis zu 6 Monaten" angedroht. (Aus: "Handelsblatt" vom 5.2. 1986)

Hetzkampagne durch Presse und Bundestag, in der die nötigen und richtigen Proteste von Gewerkschaftern diffamiert, und verurteilt wurden, die das Auftreten von Kapitalvertretern und reaktionären Politikern wie Wallmann auf dem Neujahrsempfang des DGB in Frankfurt verhindern wollten.

Die Vorstände der Einzelgewerkschaften in Frankfurt distanzieren sich offiziell von dieser kämpferischen Aktion. Gewerkschaftsmitgliedern wie A. Marchand wird mit Ausschluss gedroht, unbequeme Gewerkschafter sollen zu Distanzierungen genötigt werden. (FR, 16.1. 86)

Die Angst der DGB-Fürsten vor den eigenen Mitgliedern und der anwachsenden Arbeiterbewegung

Trotz heftiger Auseinandersetzungen um die Neufassung des § 116 ließ sich der DGB in Frankfurt auch 1986 nicht von seinem traditionellen Neujahrsempfang abbringen und zeigte wieder, daß die DGB-Fürsten es im Grunde doch lieber mit den "Größen" aus Politik und Wirtschaft als mit den Kollegen aus den Betrieben halten: Diese "Größen", von Vertretern der Industrie- und Handelskammer, über Arndt von der SPD, Wallmann von der CDU bis hin zu Fischer von den GRÜNEN wurden zu einem Empfang mit Alkohol und kaltem Buffet geladen. Gerade angesichts des Streits um den § 116 war dies eine besondere Provokation. Und zurecht protestierte die AG gewerkschaftlicher Vertrauensleute der IG Druck und Papier, Bezirk Frankfurt, bereits vorher gegen dieses "Sozialpartnerschafts"-Spektakel. Sie erklärte: "Wir sind der Meinung, daß es nichts Gemeinsames mit den Kapitalvertretern sowie deren Politikern zu feiern gibt." (AK, 10.2. 86)

Trotz solcher Proteste wurde beim Neujahrsempfang den Kapitalisten und ihren Politikern von den DGB-"Größen" der Hof gemacht. Einfache Gewerkschafter aber wurden a u s g e s p e r r t. Der Zivilpolizist des Staatsschutzes Roland Noll, stellvertretender Kreisvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, und andere Polizisten wurden vom DGB-Apparat angeboten, um als Ordner vor dem Gewerkschaftshaus den protestierenden Arbeitern und Gewerkschaftern den Zutritt mit Gewalt zu verwehren.

Doch da hatten die Gewerkschaftsfürsten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Eine Gruppe von ungefähr 100 Arbeitern und Gewerkschaftern ließ sich auch von den Polizisten im Dienst des DGB (S.2)

Der Staatsanwalt ermittelt gegen die Teilnehmer der Protestaktion im DGB-Haus. Um weiteres Beweismaterial in die Hand zu bekommen, wird vier Wochen später in einer Nacht-und-Nebel-Aktion das "Hessische Filmbüro" durchsucht und Filmmaterial beschlagnahmt. (FR, 18.2. 86)

Das IG-Metall-Vorstandmitglied Janßen begrüßt die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Janßen ist "glücklich darüber, daß die Staatsanwaltschaft ermittelt." (Hessenschau vom 14.1. 86)

WORUM GEHT ES BEI DER NEUFASSUNG DES §116?

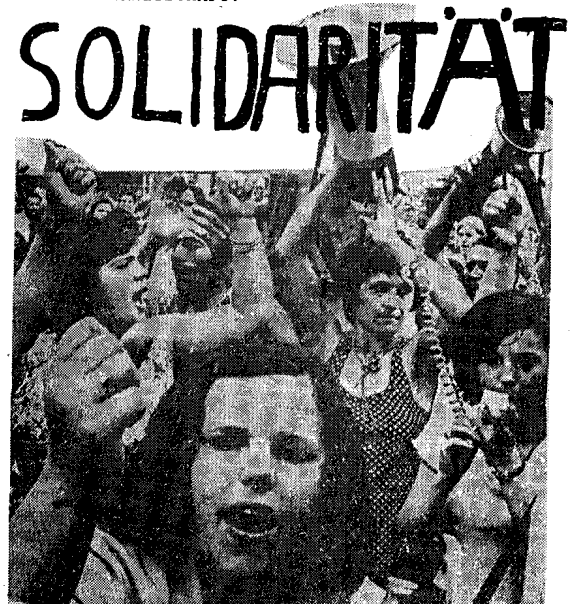
Knapp auf den Nenner gebracht, bedeutet die Neufassung des § 116 eine Verschlechterung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in einem Streik. Der Aussperrungsterror der Kapitalisten wird hingegen gestärkt.

Denn künftig sollen indirekt von einem Arbeitskampf Betroffene, "kalt" Ausgesperrte in der Regel kein Arbeitslosengeld mehr erhalten. Das bedeutet den Weg zum Sozialamt und ist ein schwerer Angriff nicht nur auf die Kampfbedingungen bei einem Streik, sondern auf die Existenz, die Lebenslage der "kalt" Ausgesperrten und ihrer Familien.

In der Begründung für diese Gesetzesänderung wird ausdrücklich auf den Kampf für die 35-Stunden-Woche 1984 verwiesen und klargemacht, daß die damals 300 000 "kalt" Ausgesperrten, wäre es nach der Neufassung des § 116 gegangen, keinen Pfennig vom Arbeitsamt erhalten hätten. Damals mußte die Zahlung von Kurzarbeitergeld nach kämpferischen Aktionen der Kolleginnen und Kollegen per Gerichtsbeschuß erzwungen werden.

Durch die Neufassung des § 116 soll eindeutig die Macht der Kapitalisten gestärkt und ihre Waffe der Massenaussperrung geschärft werden. Die Entsolidarisierung und Spaltung der Arbeiterklasse soll mit materiellem Druck vorangetrieben, die Nicht-Streikenden sollen gegen die Streikenden aufgehetzt und der gewerkschaftliche Kampf insgesamt geschwächt werden.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen eine solche Verschlechterung ihrer Kampfbedingungen ist unbedingt notwendig, wichtig und richtig! Hierbei muß aber bewußt sein, daß für den Kampf der Arbeiterklasse die "Gesetzeslage", die "Versicherung", die "Paragrafen" nicht ausschlaggebend sind, sondern die EIGENE KAMPFKRAFT UND KAMPFBEREITSCHAFT!



nicht einschüchtern, sondern gab den "Law und Order"-Gewerkschaftern die richtige Antwort, indem sie sich einfach den Zutritt zum DGB-Haus verschafften. Nach dem Motto "Was haben die Kapitalisten und ihre Politiker in einem Gewerkschaftshaus zu suchen?!", versuchten sie zunächst, die Kapitalisten und ihre Politiker, vor allem Wallmann, Bürgermeister von Frankfurt und Mitglied der CDU, am Betreten des Saales zu hindern. Durch laute Zwischenrufe störten sie dann zurecht dessen Gefasel.

Das war eine gelungene Aktion, die sofort einhellig von allen bürgerlichen Kräften verurteilt, bekämpft und verhetzt wurde. Ob man gegen die Neufassung des § 116 war oder dafür - im vorliegenden Fall waren sich alle einig!

Auch die DGB-Führung reihte sich nahtlos in diesen Chor ein. Es wurde alles getan, um solche kämpferischen, selbständigen Aktionen im Keim zu ersticken und einfache Mitglieder mundtot zu machen, die ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten nicht an diese Leute abgetreten haben, deren Mausechelen nicht mehr hinnehmen und den "Sozialpartnerschafts"-Phrasen nicht mehr glauben.

Manfred Kiesewetter, DGB-Kreisvorsitzender von Frankfurt, hat "sich noch im Rahmen der Veranstaltung für die Übergriffe entschuldigt". (FR, 13.1. 86) Eine schriftliche Entschuldigung und Distanzierung der Einzelgewerkschaften in Frankfurt folgte auf dem Fuß. (FR, 16.1. 86) Das Gewerkschaftsmitglied A. Marchand wurde vor den Landesvorstand der Gewerkschaft NGG zitiert, der Ausschluss wurde ihm und anderen angedroht. Laute Zwischenrufe, Gerempel und Gerangel wurden zu "tätlichen Angriffen" und zu "Gewalt" aufgebauscht. (Siehe z.B. die Pressemitteilung der IG Druck vom 13.1. 86.)



Das ist einer der vielen Polizeieinsätze, die es in Westdeutschland schon gegen Streikende gegeben hat wie 1959, beim Ford-Streik 1973 oder hier 1975 beim spontanen Streik deutscher und ausländischer Arbeiter bei Dynamit Nobel in Nürnberg

Eine treffende Antwort hierauf ist das, was der Gewerkschafter R. Winter sagte:

"Wenn das schon Gewalt ist, wenn man mal ganz nah an einen rangeht und ihm seine Empörung ins Gesicht schreit, verstehe ich die Welt nicht mehr. Gewalt ist doch, wenn, wie beim letzten Arbeitskampf, ein Polizist einen von uns fragt: 'Bist du Arbeiter?' und ihn dann mit dem Gummiknüppel blutig schlägt. Oder wenn Antiterror-Einheiten bei der Trafo-Union in Cannstatt anrücken und die Kollegen zusammenschlagen. Oder einer von uns in Offenbach von wild gewordenen Kleinunternehmern angefahren wird und dann die Prozesse verschleppt werden. Der Kollege läuft heute mit einem Kunstgelenk im Ellenbogen herum." (Spiegel 4/86, S. 20)

Janßen, Vorstandsmitglied der IG Metall, hat sich besonders entblößt. Gerade er, dessen Rolle darin besteht, sich ganz besonders kämpferisch, mit geballter Faust, zu präsentieren, zeigte sein wahres Gesicht. Janßen sagte ganz offen:

"Ich bedaure außerordentlich, was dort passiert ist. Ich bin im Grunde glücklich darüber, daß die Staatsanwaltschaft von sich aus jetzt ermittelt gegen die Schuldigen." (Hessenschau vom 14.1. 86)

Unglücklich ist Herr Janßen also über die gelungene kämpferische Aktion im DGB-Haus und glücklich darüber, daß die Teilnehmer von der Staatsanwaltschaft verfolgt werden. Wie überglücklich muß dieser Herr jetzt sein angesichts der "konsequenten Ermittlungen" der Staatsanwaltschaft am 13.2.86 in Frankfurt, als sie nicht davor zurückschreckte, Filmmaterial des "Hessischen Filmbüros" über den Neujahrsempfang des DGB in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zu beschlagnahmen.

Die Losungen der DGB-Führer, und was davon zu halten ist

Auch wenn die DGB-Führer und Politiker der SPD lauthals gegen die Neufassung des § 116 protestieren, so hat deren Reaktion auf die Proteste beim Neujahrsempfang gezeigt, daß sie von wirklich kämpferischen Aktionen gegen diesen Paragraphen und für ein wirkliches uneingeschränktes Streikrecht nichts halten. Und schaut man sich ihre sogenannten "Kampf"losungen gegen die Neufassung des § 116 genauer an, so wird diese Einschätzung bestätigt.

DGB: "RECHT MUSS RECHT BLEIBEN! MUSS DER ALTE § 116 VERTEIDIGT WERDEN?"

Den "alten" § 116 als einen Paragraphen des "Rechts", das "Recht bleiben muß", hinzustellen, ist Lüge und Betrug.

So ist doch erst einmal KERN des § 116, ob alter Fassung oder neuer Fassung, daß

mit ihm die Aus-sperrung akzeptiert und legalisiert ist. Sie wird als berechtigtes und zu lässiges Mittel angesehen und somit im Bewußtsein der Bevölkerung verankert. Das sollen sich all diejenigen einmal bewußt machen, die einerseits das "Verbot der Aussperrung" fordern und andererseits den "alten" § 116 als "Recht, das Recht bleiben muß", verteidigen.

Schon der "alte" § 116 beinhaltet die Möglichkeit, "kalt" Ausgesperrten das Geld aus der Arbeitslosenversicherung zu verweigern.

Das war lediglich schwieriger durchzusetzen, aber überhaupt nicht ausgeschlossen. Jetzt, mit der Neufassung soll ermöglicht werden, dies glatt und unangefochten über die Bühne zu ziehen.

Im "alten" § 116 steht, daß "kalt" Ausgesperrte dann kein Geld erhalten, wenn sie für ihren Tarifbezirk "nach Art und Umfang gleiche Forderungen" wie im Kampfgebiet aufgestellt haben.

In der Neufassung heißt es, daß dann kein Geld gezahlt wird, wenn im Tarifbezirk der "kalt" Ausgesperrten "eine Forderung erhoben worden ist, die eine Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang annähernd gleich ist."

Mußten früher die Forderungen, also alle, gleich sein, so soll jetzt eine genügen. Mußten früher die Forderungen exakt gleich sein, so soll jetzt genügen, wenn eine "annähernd" gleich ist.

Zwischen dem "alten" und dem "neuen" Paragraphen besteht kein grundsätzlicher, grundlegender Unterschied. Gegen die Neufassung des § 116 zu kämpfen, als Kampf gegen die weitere Verschlechterung der Bedingungen im Streik, ist völlig richtig. Dabei aber gleichzeitig für den "al-

- Die Treibjagd und Hetze gegen selbständige, kämpferische Aktionen zeigt nicht
- nur die Stärke und Macht der Herrschenden, sondern auch ihre große Angst vor einer klassenbewußten und kämpferischen Arbeiterbewegung. Wenn bei einer verhältnismäßig geringfügigen Rempel wie der gegen Wallmann, schon so Zeter und Mordio geschrien wird, was wird dann erst los sein, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter im proletarischen Klassenkampf gegen ihre Ausbeuter und deren bezahlte Diener vorgehen und sich wirklich mit Gewalt gegen die herrschende Klasse und ihre Unterdrückungsmaschinerie erheben?!!! Dem soll vorgebeugt werden! Davor soll abgeschreckt werden!

ten" einzutreten, ist völlig inkonsequent, bedeutet, sich die Hände zu binden, und kann nicht das Anliegen derjenigen sein, die ein wirkliches Streikrecht erkämpfen wollen.

- Klar muß sein, daß der "alte" 116 eben-
- falls ein Knüppel gegen Streikende, ein Gesetz gegen die Arbeiterklasse ist.

WARUM VERTEIDIGEN DGB-FÜHRUNG UND SPD SO HARTNÄCKIG DEN ALTEN § 116?

Die Antwort auf diese Frage ist ganz einfach. Kratzt man nämlich an dem "alten" § 116, dann kommt sehr schnell zum Vorschein, w e r für diesen Paragraphen verantwortlich ist, wer dieses streikfeindliche und arbeiterfeindliche Gesetz mitverabschiedet hat - es ist die S P D.

Der § 116 wurde 1969 zur Zeit der Großen Koalition unter Mitwirkung der SPD eingeführt und seine Konkretisierung durch die sogenannte "Neutralitätsanordnung" 1973 unter der SPD/FDP-Regierung festgelegt. Der "alte" § 116, dieses arbeiterfeindliche Gesetz, ist also vor allem das Werk der SPD. Mit der Unterschrift von Willy Brandt hat es die Bundesregierung 1969 ausdrücklich abgelehnt, an mittelbar von einem Streik betroffene Ausgesperrte auch nur einen Pfennig Arbeitslosengeld zu zahlen, denn das "würde die Bereitschaft dieser Arbeitslosen zur Solidarität stärken und damit den Arbeitskampf beeinflussen".

Dies alles soll nicht ans Licht gebracht werden, die SPD soll sich weiter als "arbeiterfreundlich" aufspielen können. Deshalb wird u.a. der "alte" § 116 verteidigt, wird sein UNRECHT als "Recht" verkauft. Deshalb wird von der Gewerkschaftsführung und der SPD auch versucht, aus dem berechtigten Protest eine Wahlkampfunterstützung für die SPD zu machen. Es soll vertuscht werden, daß die SPD im Grunde genauso eine bürgerliche Partei im Dienst des Kapitals ist wie die CDU.

LASST EUCH NICHT VOR DEN KARREN DER SPD SPANNEN!

DGB: "STREIKRECHT VERTEIDIGEN - DEMOKRATIE SICHERN - SOZIALSTAAT SCHÜTZEN!" ???

Von welcher "Demokratie" und von welchem "Sozialstaat" faseln hier eigentlich die DGB-Führer? Von einem "Sozialstaat", der seit Jahren (und zwar auch unter einer SPD-Regierung!!!) die Sozialleistungen abbaut, unter dessen Herrschaft die Arbeitslosigkeit immer mehr wächst, der systematisch und konsequent die erkämpften Rechte und Errungenschaften der Arbeiterbewegung angreift und rückgängig macht?

Und wie sieht denn das viel gerühmte "demokratische Streikrecht" aus, das von der Arbeiterklasse früher erkämpft wurde, um sich gegen die Verschlechterung ihrer Lage, gegen Arbeitslosigkeit, Entlassungen, gegen verschärfte politische Entrechtung zu wehren?

Politische Streiks sind in der "demokratischen Republik" sowieso per Rechtsprechung verboten. Sie sind illegal. Wer gegen eine bestimmte Politik, gegen eine Regierung, gegen bestimmte Gesetze u.a.m. streikt, der macht sich strafbar. Die jüngsten Urteile von Arbeitsgerichten, die Streikaufrufe gegen den § 116 als politischen Arbeitskampf untersagen, belegen dies wieder.

Spontane Streiks ohne und gegen den Willen der DGB-Führung sind nicht nur per Rechtsprechung verboten, sondern werden gerade auch von den DGB-Fürsten verfolgt. Die Streikenden erhalten keinen Pfennig aus der Streikkasse.

Und was geschieht, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter das kastrierte "demokratische" Streikrecht nutzen, um sich gegen Arbeitslosigkeit, Entlassungen u.a.m. zu wehren? Dann bekommen sie ganz schnell die Knebel dieser "Demokratie" zu spüren! Richter, Polizisten, Staatsanwälte usw., ja selbst der Bundesgrenzschutz und die Bundeswehr werden gegen diese Kämpfe mobil gemacht.

"NOTSTANDSÜBUNG" GEGEN "WILDE STREIKS"

Auf dem Höhepunkt des Streikkampfes um die 35-Stunden-Woche starteten die westdeutschen Imperialisten eine besondere Provokation: Sie ließen ihren Bundesgrenzschutz Ende Mai 1984 mit rund 1 800 Mann auf dem Gelände der britischen Rheinarmee mit Maschinengewehren und Granaten eine innenpolitische "Notstandssituation" üben, die gegeben sei, wenn die durchgeführten Schwerpunktstreiks unter der Führung des DGB sich zu "wilden Massenstreiks", d.h. Streiks außerhalb der Kontrolle der DGB-Fürsten entwickeln würden.

Diese "Notstandsübung" war tatsächlich ein Bürgerkriegsmanöver zur militärischen Niederschlagung des Kampfs der Arbeiterinnen und Arbeiter und zielte ganz offensichtlich auf die Einschüchterung der damals Streikenden ab.

Und wenn im November 1985 40 Reserveoffiziere des Fallschirmjägerbataillons Iserlohn unter Führung eines GSG-9-Mannes im Arbeiterviertel Haspe in Hagen "Objekt-, Raumschutz und Häuserkampf" üben, dann dient das demselben Ziel.

DGB: FÜR DIE "NEUTRALITÄT DES STAATES!" ???

Das Geschrei der DGB-Führung von der angeblichen "Neutralität" des Staates bei "Arbeitskämpfen" ist angesichts all dieser Tatsachen ein Witz oder besser ein Betrug. Die DGB-Führer beteiligen sich damit an der Verbreitung der allseits aufgetischten Lüge vom "neutralen Staat", der angeblich "über den Klassen steht". Damit wird die Illusion geschürt, die Arbeiterinnen und Arbeiter könnten sich auf diesen Staat, seine Justiz, seine Polizei, seine Parteien und Politiker verlassen.

Auch wenn bei Streiks, Kämpfen und Aktionen die Kolleginnen und Kollegen immer wieder die Erfahrung machen, daß der Staat den Kapitalisten, den Streikbrechern hilft, so ist diese Staatsgläubigkeit doch so tief verwurzelt, daß viele immer noch darauf hereinfließen und somit die Lügen der DGB-Führung auf fruchtbaren Boden fallen.

Es gilt stattdessen, den ABERGLAUBEN IN DEN STAAT Schritt für Schritt zu untergraben, um ihn schließlich ganz zu zerstören. Es gilt, sich keine Illusionen über die an-

geblich "neutrale Haltung" des Staates zu machen, Versprechungen seiner Speichellecker in den bürgerlichen Parteien, im DGB, im Parlament, in der Presse nicht mehr aufzusitzen, sondern zu erkennen, was der bürgerliche Staat in Wirklichkeit ist:

- Ein Staat der herrschenden Klasse, eine Maschine zur Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten!

DIE STAATSTRAGENDE DKP

Auch die DKP, die trotz gegenteiligen Anspruch seit dem Tag ihrer Gründung jedes wirklich revolutionäre Anliegen mit Füßen tritt und sich im tagtäglichen Kampf als Abwiegler betätigt, tritt ebenfalls als aktiver Verteidiger der "demokratischen Grundordnung" dieses Staates auf. In ihrer Zeitung "UZ" vom 12.12. 85 schreiben sie, daß "der Kampf um das Streikrecht zugleich die Verteidigung des Grundgesetzes" sei. Im Chor und an den Rockschoßen der DGB-Führung schürten sie die Illusion, die Arbeiterinnen und Arbeiter könnten sich auf das "Grundgesetz" dieses Staates verlassen. ■

DGB: FÜR "WAFFENGLEICHHEIT" ZWISCHEN ARBEITERN UND UNTERNEHMERN! ???

Wir halten überhaupt nichts von einer angeblichen "Waffengleichheit", einem "Gleichgewicht" zwischen Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern auf der einen Seite und ein paar tausend Millionen auf der anderen Seite, von einer "Waffengleichheit" zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, von einem "Gleichgewicht" oder einer "Gleichheit" zwischen einer ungeheuren Mehrheit und einer kleinen Minderheit.

Die einzig richtige "Gewichtsverteilung" kann nur hergestellt werden, wenn das Unrecht des privaten Besitzes an Fabriken und anderen Produktionsmitteln von wenigen als Grundlage der Ausbeutung der ungeheuren Mehrheit abgeschafft und zerschlagen wird und die Mehrheit, die die Werte schafft, die Produktionsmit-

tel in die eigenen Hände nimmt. Die einzig richtige "Gewichtsverteilung" kann nur hergestellt werden, wenn der Staat, der heute das Machtinstrument einer Minderheit ist, ersetzt wird durch einen Staat, der Machtinstrument der Mehrheit ist. Sie kann nur hergestellt werden, wenn das pseudodemokratische System, das in Wirklichkeit eine Diktatur über die Arbeiterinnen und Arbeiter ist, durch einen Staat ersetzt wird, der die Ausbeuter unterdrückt: Den Staat der Diktatur des Proletariats, der das ureigenste Werk der bewaffneten Revolution der Arbeiterklasse ist, der auf der breitesten Demokratie für die Mehrheit beruht, die Ausbeuter enteignet, die Wirtschaft völlig umorganisiert zu einer sinnvollen und planvollen sozialistischen Wirtschaft, die den Interessen der Werktätigen dient.

DGB: "WIR LASSEN UNS NICHT AN DIE KETTE LEGEN!" ???

Das klingt ja so, als gäbe es bisher keine Ketten, als sei die Arbeiterklasse nicht durch das ganze System der Lohnarbeit an die Kette der kapitalistischen Ausbeutung, der Profitwirtschaft, gelegt. Die Losung der DGB-Führung soll genau diese Wahrheit verschleiern, soll vertuschen, daß die Arbeiterklasse gezwungen ist, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen, an die Besitzer der Produktionsmittel, an das Kapital. Die Arbeiterklasse liegt längst an der Kette der kapitalistischen Ausbeutung, die aus der Arbeitskraft ein Vielfaches von dem herauspreßt, was der Arbeiter dafür als Lohn erhält. Dieses Ausbeutersystem bringt der Kapitalistenklasse immer mehr Profit und der Arbeiterklasse immer weniger Lohn, Arbeitslosigkeit, mehr Armut, Elend, ja Hunger und Tod.

- Es ist das ganze System der Lohnsklaverei, das die Arbeiterklasse in Ketten legt, und nur die Zerschlagung der kapitalistischen Profitwirtschaft, des ganzen kapitalistischen Systems kann sie von dieser Kette befreien.

ÜBER DIE GRÜNDE, WARUM DIE DGB-FÜRSTEN NOTORISCHE FEINDE JEDER KLASSENKÄMPFERISCHEN ARBEITERBEWEGUNG SIND

Die Tatsache, daß in allen hochindustrialisierten Ländern eine sich radikalisierende Arbeiterbewegung auf die Feindschaft solcher Leute wie hier die DGB-Führer stößt, läßt sich keinesfalls einfach aus - sicherlich auch reichlich vorhandenen - Charakterlosigkeit, Karrierismus und anderen ekelerregenden persönlichen Eigenschaften erklären. Die Gründe liegen tiefer. Die genauere Betrachtung der heutigen Gesellschaftsordnung in Ländern wie Westdeutschland zeigt, daß ein wesentlicher Zug die Ausbeutung der Völker anderer Länder ist, und daß durch diese imperialistische Ausbeutung z.B. in sogenannten "Billiglohnländern" ein Extraprofit erzielt wird:

"Es ist klar, daß man aus solchem gigantischen EXTRAPROFIT (denn diesen Profit streichen die Kapitalisten über den Profit hinaus ein, den sie aus den Arbeitern ihres 'eigenen' Landes herauspressen) die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie bestechen kann. Sie wird denn auch von den Kapitalisten der 'fortgeschrittenen' Länder bestochen - durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte. Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der 'Arbeiteraristokratie' (ist) in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert... sie sind wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, Arbeiterkommiss der Kapitalistenklasse (labour lieutenants of the capitalist class), wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich in nicht geringer Zahl unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie". (LENIN, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1920, LW 22, S.198).

Die DGB-Führer sind ein sehr wichtiger Teil und stehen mit an der Spitze dieser Schicht der Arbeiteraristokratie. ■

Der aktuelle Kampf in den Betrieben und die Aufgaben in den nächsten 10, 20, 30... Jahren

Wenn Anfang Februar mehrere 100 000 Arbeiterinnen und Arbeiter in Warnstreiks traten, sich zu Demonstrationen und Kundgebungen versammelten und den Kampf, den Widerstand gegen die Verschlechterung des Streikrechts auf die Straße trugen, so

ist das vollkommen gerecht. Dabei muß jedoch bewußt sein, daß es nicht bei diesen einzelnen Aktionen und auch nicht beim Kampf gegen die Neufassung des § 116 bleiben darf, denn die Kapitalisten und ihr Staat ziehen die Ketten immer enger.

Die ganze Entwicklung in Westdeutschland zeigt, was auf die Arbeiterklasse in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch zukommen wird: Der erbarmungslose Kampf der imperialistischen Großmächte BRD, um im Inland wie in der ganzen Welt in Konkurrenz mit den anderen imperialistischen Mächten Maximalprofite aus den Arbeiterinnen und Arbeitern herauszupressen, muß zu einer Verschlechterung ihrer Lage führen. Und diese Lage wird immer schlimmer, solange nicht begonnen wird, k o n s e q u e n t zu kämpfen, zu streiken, Betriebe zu besetzen, also Druck zu erzeugen und dem Kapital wirkliche Schläge zu versetzen. Die breiten Massen der Arbeiterklasse erhalten im großen und ganzen gerade ihr Existenzminimum, wobei dessen Höhe im einzelnen konkret vom Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten, vom Stand der Klassenkämpfe abhängt. Und nur ein entsprechend geführter Kampf kann die generelle Abwärtsbewegung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter wenigstens verlangsamen.

Ein solcher Kampf kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn er gegen die Politik der Klassenversöhnung, des Reformismus und der Staatsgläubigkeit, gegen die Spaltung der Arbeiter durch den deutschen Chauvinismus gerichtet ist, und das geht n u r gegen und ohne die arbeitseristokratischen DGB-Führer! Denn wer sich auf diese Führer verläßt, der ist verlassen!

Sich auf die eigenen Kräfte stützen - das ist ein Kern im Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse, gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Eine eigenständige und kämpferische Arbeit ist nötig. Nötig sind, um nur einiges zu nennen:

- Aktionen wie in Frankfurt gegen die Zusammenarbeit von Kapital und DGB-Führern,
- innerbetriebliche Gruppen für a l l e kämpferischen Kolleginnen und Kollegen, egal ob ausländische oder deutsche, ob Gewerkschaftsmitglieder oder nicht,
- die Herstellung von Verbindungen zu kämpferischen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben.

Auch wenn heute noch viele bei berechtigten Angriffen gegen die DGB-Führung sich selbst als Gewerkschaftsmitglied angegriffen fühlen und sagen: "Greift unsere Gewerkschaft nicht an, wer hilft uns denn sonst gegen Entlassungsterror, Lohndrückerei und Schikanen am Arbeitsplatz!", so werden diese Kolleginnen und Kollegen in den künftigen Kämpfen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften anhand ihrer eigenen Erfahrungen erkennen müssen, daß ein Kampf zusammen mit den verräterischen DGB-Führern nicht konsequent zu führen und zu gewinnen ist. Der Klassenkampf wird sie lehren, daß nur die Verjagung solcher Gewerkschaftsführer aus der Arbeiterbewegung einen wirklichen Kampf für die Arbeiterinteressen möglich macht.

Ein solcher von Arbeiteraristokraten gereinigter, von Klassenversöhnung freier und militanter Kampf darf sich nicht nur auf die tagtäglichen Probleme bei der Arbeit im Betrieb beschränken, sondern muß sich insgesamt gegen das Kapital, seine Parteien und seinen Staat richten. Ein solcher Kampf wird dann auch Rückgrat sein können für Kämpfe der Jugend und anderer Werktätiger gegen Faschisierung, Militarisierung und Kriegsvorbereitung, gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung durch den

Deutsche und ausländische Arbeiter eine Kampffront

Wer dem Kampf der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung nicht nur hier, sondern in der ganzen Welt eine Niederlage beibringen will, der muß eins tun: Er muß die Reihen der Arbeiterklasse s p a l t e n. Das ist eine sehr alte, zentrale und ausschlaggebende Waffe im Kampf gegen die Arbeiterklasse und wird hier in Westdeutschland leider mit viel Erfolg angewendet.

Eines der wichtigsten Mittel der politischen Spaltung, der Schwächung der Kampfkraft und der Demoralisierung ist die Politik, die gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern, die hier leben und arbeiten, betrieben wird. Ausländerhetze, faschistische und chauvinistische Propaganda, Unterdrückung, Ausbeutung und Verfolgung bis hin zum Mord, die Ausweisung und Abschiebung vor allem auch in die Folterkammern faschistischer Regimes wie das in der Türkei sind alarmierende Zeichen der Entwicklung in Westdeutschland.

Wenn all das durchkommt, sich ohne größeren Widerstand noch mehr ausbreiten kann und in den Betrieben an Boden gewinnt, dann wird die zentrale Bedingung eines jeden Kampfes, die S O L I D A R I T Ä T abgeschoben. Die Folgen für die Kampfkraft und Kampf-moral der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter, die kampflös zuschauen, wie die Rechte ihrer Klassenbrüder mit Füßen getreten werden, sind gewaltig. Schwäche und Niederlage sind schon vorprogrammiert.

****Eine kämpferische Arbeiterbewegung kann sich nur dann entwickeln, wenn offensiv ****
****Das Gift des Nationalismus und Chauvinismus, die Spaltung und Teilung der Arbeiterklasse bekämpft wird.**

SOLIDARITÄT zwischen den ausländischen und deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern, ihre kämpferische Einheit fallen nicht vom Himmel und sind auch nicht das Produkt von Festen mit ausländischem Essen, Sonntagsreden und huldvollen Erklärungen, daß "man nichts gegen Ausländer" habe.

SOLIDARITÄT mit den ausländischen Kolleginnen und Kollegen heißt ein starkes Bündnis im GEMEINSAMEN KAMPF herzustellen und gerade auch in den Betrieben gegen den Abschiebungsterror des Staates, gegen die versteckte und offene faschistische und rassistische Hetze, die nicht selten mit Mord endet, zu kämpfen. Es heißt der deutsch-chauvinistischen Überheblichkeit und Arroganz, der tagtäglichen Diskriminierung und Schikane, Beleidigung und Benachteiligung mit allen Mitteln, massiv und unermüdlich entgegenzutreten. Kampf gegen den deutschen Chauvinismus heißt nicht zuletzt **SOLIDARITÄT** mit den vom westdeutschen Imperialismus unterdrückten Völkern im GEMEINSAMEN KAMPF gegen den eigenen Imperialismus durch die Schmiedung eines festen Bündnisses herzustellen. ■

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

westdeutschen Imperialismus in der ganzen Welt.

Doch bei all diesen Teilkämpfen, Teilzielen und möglichen Teilerfolgen muß vor allem bewußt gemacht werden, daß es nicht nur darum geht, die Arbeiterklasse hierfür zu mobilisieren. Denn Teilerfolge und Teilziele werden allzuoft wieder durch verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung rückgängig gemacht, deshalb muß das Übel an der Wurzel gepackt werden.

Es geht darum, in den Tageskämpfen aufzuzeigen, daß der Kampf gegen das kapitalistische System insgesamt, der Kampf zum Sturz dieses Systems geführt werden muß, das Ausbeutung, Unterdrückung, Entrechtung, Arbeitslosigkeit, Faschismus, Militarismus und Krieg in sich trägt wie die Wolke den Regen. Die Wurzel für all diese Übel, für dieses Leid, für diese Verbrechen, Brutalitäten und Gemeinheiten, die zurecht auf Empörung und Widerstand stoßen, liegt in einem System, das nur eines kennt: Profit, Profit und nochmals Profit, und wenn man dafür über Leichen gehen muß.

Die entscheidende Kraft in diesem Kampf ist die Arbeiterklasse. Ihre Rolle ergibt sich nicht aus dem jeweiligen Stand der Klassenkämpfe und auch nicht aus dem jeweiligen Stand des Bewußtseins des Proletariats. Vielmehr ist die Arbeiterklasse objektiv der Totengräber des Kapitalismus, ist die einzig konsequent revolutionäre Klasse, der die Zukunft gehört. Karl Marx und Friedrich Engels stellten dies ausdrücklich heraus und schrieben:

....."Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird."
(Karl Marx/Friedrich Engels, "Die heilige Familie", 1845, MEW 2, S.38)



Jede Auseinandersetzung der Arbeiter mit dem Kapital birgt in sich die Möglichkeit der Erkenntnis, daß dieses ganze kapitalistische System völlig verfault ist, zerschlagen werden und durch eine neue Welt des **SOZIALISMUS UND KOMMUNISMUS** ersetzt werden muß. Doch diese Erkenntnis kommt nicht von allein. Hier liegt gerade eine der großen Aufgaben der Kommunisten, der **KOMMUNISTISCHEN PARTEI**, die nicht nur alle Kämpfe zusammenfassen, organisieren und führen, sondern gerade auch die nötige Klarheit und Zukunftsperspektive in die sich entwickelnde Arbeiterbewegung hineinbringen muß. **MARX** und Engels schrieben im berühmten **MANIFEST DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI** - deren konsequenter Aufbau heute für die bewußten Arbeiter die Aufgabe Nr.1 ist - als unmißverständliche Richtlinie:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewalt-samen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“ ■

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
 KOBLENZER STR.4(Gallus), FFM

ÖFFNUNGSZEITEN:
 Mo-Fr 15.30-18.30 Uhr
 Dienstag geschlossen
 Samstag 9-14 Uhr

In deutscher, türkischer sowie in anderen Sprachen erhältlich:
 • Ant imperialistische Literatur, besonders über den westdeutschen Imperialismus
 • Antifaschistische Literatur
 • Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin

Wir bitten unsere Leserinnen und Leser um die Zusage von Kritiken, Anregungen und Verbesserungsvorschlägen. Aktuelle Flugblätter und weitere Veröffentlichungen von uns bitte im Buchladen anfordern.